

Leserservice 0800 - 22 24 22 0
Private Kleinanzeigen 0800 - 22 24 22 1
Zentrale 07 61 - 496 - 0
Internet www.badische-zeitung.de

Ausgabenkennung · Donnerstag, 29. Oktober 2020

Nr. 303/44 - 75. Jahrgang
Montag - Freitag: € 2,20
Samstag: € 2,40

BZ • medien

Teil-Lockdown im ganzen November

Kanzlerin Merkel warnt vor akuter nationaler Gesundheitsnotlage

BERLIN (dpa). Mit strengen Kontaktbeschränkungen für die Bürger und einem Herunterfahren fast aller Freizeitaktivitäten wollen Bund und Länder die zweite Corona-Infektionswelle in Deutschland brechen. Vor dem Hintergrund dramatisch steigender Infektionszahlen einigten sich Kanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten am Mittwoch auf die einschneidendsten Schritte seit dem großen Lockdown im Frühjahr.

Viertel der Kontakte müssten runter, betonte der CSU-Vorsitzende. „Letztlich ist das das entscheidende Motto: Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren, Kontakte reduzieren.“

Mit Ablehnung und Empörung hat die AfD auf die neuen Corona-Einschränkungen reagiert. „Es ist alles völlig überzogen“, sagte die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Alice Weidel. Der Co-Vorsitzende Alexander Gauland kritisierte, dass erneut weitreichende Beschränkungen und Schließungen von Kanzlerin und Ministerpräsidenten vereinbart wurden.

So sollen unter anderem Hotels, Restaurants, Kinos und Theater ab dem kommenden Montag für den gesamten Monat November schließen. In dieser Zeit dürfen sich auch nur wenige Menschen privat treffen. Merkel rief zu einer „nationalen Kraftanstrengung“ auf: „Wir müssen handeln, und zwar jetzt. Und zwar müssen wir handeln, um eine akute nationale Gesundheitsnotlage zu vermeiden.“ Schulen, Kitas und Geschäfte aller Branchen sollen aber anders als im Frühjahr ebenso offen bleiben wie Friseur und Physiotherapie-Praxen.

Habeck sieht Versäumnisse in den vergangenen Monaten

Grünen-Chef Robert Habeck hat die schwarz-rote Bundesregierung aufgefordert, den Teil-Lockdown im November zur Vorbereitung auf die kommenden Monate mit der Corona-Pandemie zu nutzen. „Es rächt sich jetzt bitter, dass die letzten acht Monate nicht besser genutzt wurden, dass wir nicht besser vorbereitet sind für die dunkle, kalte Jahreszeit“, sagte Habeck. Die Grünen trügen die „absolut bittere Maßnahmen“ im Kern „notgedrungen“ mit, so Habeck weiter. Für Menschen, die für Betriebe und Veranstaltungen Hygienekonzepte entwickelt und deren Güte bestätigt bekommen hätten, müssten die Entscheidungen aber „wie Hohn klingen“.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will mit dem Einsatz Tausender Bundespolizisten die Einhaltung der neuen Corona-Regeln überwachen. Die Beamten sollten in Absprache mit den Ländern in Großstädten, Hotspots und bei der Einreise an Flughäfen, Bahnhöfen und Straßen eingesetzt werden, twitterte sein Ministerium am Mittwoch.

Firmen, die besonders von den neuen Corona-Regeln betroffen sind, könnten große Teile ihres Umsatzausfalls vom Bund ersetzt bekommen, soll Finanzminister Olaf Scholz (SPD) am Mittwoch im Kanzleramt vorgeschlagen haben.

Tagesspiegel; Seiten 2, 3; Kultur, Seite 10; Sport, Seite 13; Wirtschaft, Seite 16

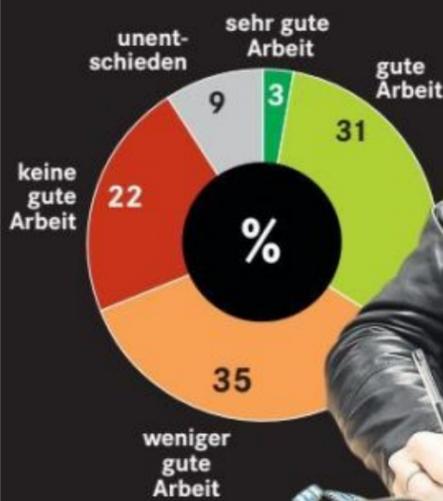
Macron kündigt harten Lockdown ab Freitag an

PARIS (AFP/knut). Wegen der massiv gestiegenen Corona-Infektionszahlen geht Frankreich ab Freitag in einen neuen landesweiten Lockdown. Er soll vorerst bis zum 1. Dezember gelten, wie Präsident Emmanuel Macron am Mittwochabend in einer Fernsehansprache ankündigte. Die Menschen sollen zuhause bleiben und nur zum Einkaufen oder zu kurzen Spaziergängen die Wohnung verlassen, sagte er. Bars und Gaststätten werden geschlossen, nur Schulen und Kindergärten sollen – anders als im Frühjahr – diesmal offen bleiben. Allgemein soll von zu Hause aus gearbeitet werden, Universitäten sollen auf einen Online-Betrieb umstellen. In vielen Städten herrscht bereits seit Wochen Maskenpflicht. Fast 36 000 Tote werden in Frankreich inzwischen gezählt. Frankreich ist eines der am schwersten betroffenen Länder Europas.

Schlechte Noten für die Schulpolitik

Viele Baden-Württemberger kritisieren die Arbeit von Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) in einer repräsentativen Umfrage

Frage: „Wie bewerten Sie die Schulpolitik des Landes in der Corona-Krise?“



BASIS: BADEN-WÜRTTEMBERG, BEVÖLKERUNG AB 18 JAHRE
QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, I/D-UMFRAGE 0101
© I/D-ALLENSBACH

EZ-GRAFIK/DRE
FOTO: FELIX KÄSTLE (DPA)



Von Ronny Gert Bürckholdt

FREIBURG. Die Menschen in Baden-Württemberg zeigen sich mehrheitlich unzufrieden mit der Bildungspolitik des Landes in der Corona-Krise. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage hervor: Die zuständige Ministerin Susanne Eisenmann (CDU), die Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Landtagswahl am 14. März ist, erhält keine guten Noten.

Insgesamt wird das Krisenmanagement der Landesregierung in der Pandemie überwiegend positiv bewertet. 60 Prozent der Bürger attestieren Grün-Schwarz, gute oder sehr gute Arbeit zu



leisten; 34 Prozent äußern sich kritisch. Allerdings bleibt dieser Zustimmungswert hinter dem der schwarz-roten Bundesregierung zurück. „Seit März findet der Kurs der Bundesregierung konstant eine Zustimmung, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Konstanz völlig ungewöhnlich ist“, so die Forscher. Der Teil der regelmäßig Befragten, der der Bundesregierung gute oder sehr gute Arbeit attestiert, liege seit März stets um die 70 Prozent.

Überwiegend kritisch beurteilen die Befragten im Südwesten die Lage in den

Schulen. Nur 34 Prozent erkennen in der Bildungspolitik während der Corona-Krise ein gutes oder sehr gutes Regierungshandeln. Unmut entzündete sich vor allem an der unzureichenden personellen Ausstattung der Schulen, die sich in der Krise verschärft habe. Ein Drittel der Eltern habe die Erfahrung gemacht, dass sich viele Lehrer aus Sorge vor Gesundheitsrisiken vom Unterricht haben befreien lassen.

Dass die Schulen alles in allem gut durch die Pandemie kommen, meinen gerade 20 Prozent der Bevölkerung. Fast 70 Prozent halten die Lehrer für unzureichend ausgebildet, um Lerninhalte digital zu vermitteln. 47 Prozent der Eltern erachteten die Vorsichtsmaßnahmen vor Corona in der Schule für ausreichend, 39 Prozent sagten: Da müsste man mehr tun.

Die Unzufriedenheit mit der Bildungspolitik prägt das Urteil über die Arbeit der zuständigen Ministerin. Unter jenen, die sich ein Urteil über die Arbeit von Susanne Eisenmann gebildet haben, überwogen klar negative Bewertungen. Von den Eltern mit Kindern in Schulen und Betreuungseinrichtungen haben 14 Prozent eine gute Meinung von Eisenmann, 39 Prozent fällen ein kritisches Urteil.

Die Befragung im Auftrag von 45 Zeitungsverlagen aus dem Südwesten stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der baden-württembergischen Bevölkerung ab 18 Jahre zwischen dem 8. und 20. Oktober.

Die Studie zeigt, dass gut ein Drittel sehr besorgt ist, sich mit Sars-CoV-2 anzustecken. Weitere 40 Prozent machten sich begrenzt Sorgen, knapp jeder Vierte kaum oder gar keine. Bei den über 60-Jährigen, die statistisch ein höheres Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf tragen, machten sich 38 Prozent (sechs Prozentpunkte mehr als bei allen Befragten) große Sorgen. *Leitartikel, Seite 4; Seite 6*

TAGESSPIEGEL

Corona-Maßnahmen Hart, aber notwendig

Von Dietmar Ostermann

Man sollte die Lage nicht schönreden: Weil die Pandemie außer Kontrolle geraten ist, kommen das öffentliche und das private Leben in Deutschland im November wieder weitgehend zum Erliegen. Waren nicht wenige Ministerpräsidenten vor zwei Wochen noch vor harten Maßnahmen zurückgeschreckt, so tragen sie nun einmütig die Vollbremse auf. Was heute anders ist als vor zwei Wochen, ist eben jener von der Kanzlerin eingestandene Kontrollverlust. Nicht nur die Infektionszahlen steigen rasant, auch die Zahl der mit Covid-19-Patienten belegten Intensivbetten verdoppelt sich alle zehn Tage, die der künstlich beatmeten Patienten alle neun Tage. Da ist es einfache Mathematik, wann das Gesundheitssystem bei ungebremstem Infektionsgeschehen überlastet sein wird. Es geht um Wochen, nicht Monate. Ohne drastische Maßnahmen, davon sind nach der Kanzlerin jetzt auch die Länderchefs überzeugt, kommt man nicht durch Herbst und Winter. Was sie gemeinsam den Menschen verordnen, ist ein nur leicht abgeschwächter zweiter Lockdown. Anders als im März bleiben Schulen, Kitas, Gotteshäuser und kleine Läden offen. Doch von Gaststätten über Theater bis zu Sportvereinen muss der gesamte Freizeitbereich dichtmachen, weil die Menschen ihre Kontakte auf ein Minimum reduzieren sollen. Manches daran ist weder gerecht noch im Einzelfall gut begründet, es ignoriert funktionierende Hygienekonzepte, es trifft auch jene, die gar nicht oder kaum zum Infektionsgeschehen beitragen. Doch auch darüber, wo genau Ansteckungen erfolgen, haben die Verantwortlichen den Überblick verloren. Es zeigt sich, dass Deutschland bei weitem nicht so gut mit dem Virus zu leben gelernt hat wie viele – auch viele Politiker – meinten. Vier Wochen harter Einschnitte sollen nun die Kontrolle zurückbringen, die Infektionszahlen auf niedrigerem Niveau stabilisieren. Die Vollbremse mag notwendig sein, doch ihre Folgen sind massiv, wirtschaftlich, psychologisch, für die wundgeriebene Gesellschaft. Man kann einen Lockdown nicht beliebig wiederholen. Bis Dezember braucht es klügere Konzepte, die Suche muss jetzt beginnen.

► ostermann@badische-zeitung.de

Das Wetter

Herbstwetter mit Wind, Wolken und Regen. Um 13 Grad.



Wetterbericht, Seite ???

Die Börse in Kürze 28.10.2020

Dax	Dow Jones	Euro
11560,51	26631,92	1,1727\$
-4,17%	-3,03% / 20:20 Uhr	-0,89%

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite ???

Ausgabenkennung



Kultur
Fernsehprogramm
Sport
Kreuzworträtsel

Seite ???
Seite ???
Seite ???
Seite ???